

## **Beschluss des 8. Landesparteitages**

### **1. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen 20.11.2021 in Bad Blankenburg**

(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit einigen Gegenstimmen  
und einigen Enthaltungen beschlossen)

#### **Ja, ist gut jetzt!**

DIE LINKE. Thüringen bekennt sich zum Impfen, als dem besten Mittel, um Menschenleben zu schützen und die Corona-Pandemie (SARS-CoV-2) zu überwinden.

Insbesondere wenn zu befürchten steht, dass eine fortgesetzte Zuspitzung des Infektionsgeschehens neuerliche Einschränkungen auch für geimpfte Personen notwendig macht, erscheint eine allgemeine Impfpflicht geeignet, erforderlich und angemessen, um eine folgenreiche Überlastung des Gesundheitssystems nachhaltig abzuwenden.

Eine solche 'Impfpflicht für alle' muss ausgewogene Ausnahmetatbestände umfassen und Härtefälle würdigen.

Es ist zu prüfen, ob eine Übergangsphase vorangesetzt werden kann, innerhalb der nennenswerte finanzielle Anreize freiwilliges Mitwirken (rechtzeitige Terminbuchung, Erscheinen, ...) belohnen. Gegebenenfalls wären für bereits geimpfte Personen diese Anreize nachträglich auszugleichen.

Weiterhin besteht dabei ein Bedarf nach niedrigschwelligen und aufsuchenden Impfangeboten.

#### **Begründung/Hintergrund**

Die Situation auf den Corona- und Intensivstationen in den Krankenhäusern des Landes droht zu eskalieren. Neben dem sich langjährig ankündigenden Pflegenotstandes, sowie einer nicht vollständig geimpften Bevölkerung wird die einst eingeführte "pandemische Notlage" fortgesetzt. Daher bekennt sich unsere Partei zum Impfen als besten individuellen Schutz vor dem Virus und als beste Option, um den pandemischen Zustand gesamtgesellschaftlich zu überwinden.

Die Skepsis gegenüber den Impfpräparaten teilen wir nicht und erkennen an, dass mit Zulassung der weltweit verabreichten Impfstoffe und der zeitgleichen Forschung an ihnen, die Impfungen zu den am besten erforschten Medizinpräparaten der Welt gehören und nach aktuellem Stand die einzige Lösung sind, um diese Pandemie zu überwinden.

Wir werden uns in Fragen der Eindämmung der Pandemie an den wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Debatten, die wissenschaftlichen Erkenntnissen widersprechen, wie bspw. über Langzeitfolgen einer Corona-Impfung, werden wir in der Partei nicht führen. Schließlich haben die Debatten der Vergangenheit zwischen Impfverweigerern und -befürwortern nicht zu einer Lösung des Problems der niedrigen Impfquote beigetragen – schlicht, weil der Konsens über Grundwerte wissenschaftlicher Erkenntnisse fehlte.

Als basisdemokratische Partei möchten wir Ort sein an dem breit diskutiert werden kann. Die Debatten über die Rechte des Individuums in Korrelation zu den Aufgaben des Staates werden wir weiterhin solidarisch führen. Aufgrund der Ernsthaftigkeit der aktuellen Lage, sind Fehlinformationen aus dem innerparteilichen sowie öffentlichen Diskurs auszuschließen, um notwendige Debatten nicht unnötig zu "vergiften". Freiheit ist immer

auch die Freiheit der Andersdenkenden, dennoch endet die eigene Freiheit dort, wo die Gesundheit des anderen in Gefahr gerät.

Alle Fragen, die sich im Zusammenhang der pandemischen Lage seit Jahren aufdrängen: wie entlasten wir die Beschäftigten im Gesundheitssystem; wie digitalisieren wir Bildung; wie solidarisch stehen sich Alter und Jugend gegenüber; werden wir weiter diskutieren.

Debatten, denen jedoch ein gemeinsamer Konsens über die Anerkennung von Fakten fehlt, führen nie zu Ergebnissen, sondern vertiefen die Gräben zwischen den Diskutierenden.

Diesem Zustand tragen wir mit diesem Antrag Rechnung.

Wir stehen solidarisch an der Seite derjenigen, die sich nicht impfen lassen können und werden alles dafür tun, um ihre Gesundheit zu schützen und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.